



## **Informationen des Stadtverbandes 2/3 2013**

Grüne wollen Bildungsungerechtigkeit weiter festigen oder  
**Unzureichendes.Schön.Reden!**

**Ein Offener Brief**

**90% der Bevölkerung halten nach einer aktuellen Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach die Bildungschancen für nicht gerecht verteilt – und die Bremer Grünen verbitten sich, dass darüber geredet wird.**

Nicht anders kann man den „Newsletter 459“ der Grünen „Gutes.Schlecht.Reden“ vom 14. Februar 2013 verstehen.

Die selbst ernannten Hoffnungsträger fühlen sich so richtig angemacht: Da gibt ihre schöne rot-grüne Koalition soviel Geld wie nie für die Bildung aus – zumindest nach eigener Rechnung - und die quengelnden Pädagoginnen und Pädagogen sind immer noch nicht zufrieden, allen voran die GEW.

Liebe Grüne,  
es mag ja sein, dass für eure Partei(-spitze) die soziale Situation der Bevölkerung in Bremen und Bremerhaven nicht das entscheidende Problem darstellt. Der seit PISA 2000 mehrfach belegte Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg trifft euch offensichtlich weniger stark.

Nur: Wir als Gewerkschaft nehmen die gesamte Gesellschaft wahr und kommen einfach nicht umhin zu sagen: Auch wenn tatsächlich soviel Geld ausgegeben würde, wie M. Güldner vorrechnet: Es reicht einfach nicht. Nicht für einen spürbaren Schritt zu mehr Chancengleichheit beginnend in den Kitas, schon gar nicht, um die Ansprüche umsetzen zu können, die ihr durch das inklusive Schulgesetz eurer Koalition selber beschlossen habt. Zu groß sind die Löcher, die ihr und eure Vorgänger in den letzten Jahren gerissen haben, zu groß die Diskrepanz zu den notwendigen Bildungsinvestitionen!

Und wenn der große Vorsitzende der grünen Bürgerschaftsfraktion sich dann mit Sorge fragt: „Wo soll das hinführen?“ können wir ihm diese Frage durchaus beantworten. Diese Politik, die Chancen von Kindern und Jugendlichen be- und verhindert, wird die Bürgerinnen und Bürger beider Städte notwendigerweise noch mehr in den Protest treiben. Wir als Bildungsgewerkschaft im DGB werden jedenfalls alles tun, Schlechtes und Unzureichendes weiterhin anzuprangern und Alternativen aufzuzeigen, auch damit diese Stimmen weiterhin wahrgenommen werden.

Wer wie der Fraktionsvorsitzende Güldner die öffentliche Debatte als „aus dem Ruder gelaufen“ einschätzt und sie wieder „auf den Boden der Tatsachen“ zurückholen will, nimmt

nicht wahr, dass die Menschen den Grünen auf die Schliche gekommen sind. Eine Partei, die sich als Stütze der Schuldenbremse gibt, kann nicht wirklich erwarten, dass sie von den Menschen, die ihre Politik ausbaden müssen, auch noch gelobt wird. Euch Grünen gelingt es nicht, die angebliche Notwendigkeit der Schuldenbremse in den Köpfen der Menschen zu verankern. Deshalb die Menschen zu beschimpfen, die sich heute für Perspektiven von morgen einsetzen, ist unredlich.

Wer von seinem Selbstbild so gerne „Gutes tun“ möchte und gleichzeitig weiterer sozialer Verelendung Vorschub leistet sowie aktiv die Schaffung besserer Bildungschancen für weite Teile der Einwohner Bremens verhindert, muss sich vielleicht in Polemik und Zynismus flüchten. Doch helfen tut's nicht - Selbstbild und Wirklichkeit stimmen nicht überein!

Also, ihr Grünen, nicht eine Beschimpfung von Personen und Organisationen, die sich für bessere Bildungs- und Teilhabechancen unserer MitbürgerInnen einsetzen, ist angezeigt, sondern eine neue Politik der Landesregierung muss her!

**Dokumentation: Auszug aus Newsletter 459  
von Bündnis 90 / Die Grünen vom 14. Februar 2013**

Matthias Güldner, Fraktionsvorsitzender der grünen Bürgerschaftsfraktion, bezieht Stellung zu den angeblichen Kürzungen in den Bereichen Schule und Kinderbetreuung in Bremen: "In den ersten beiden Jahren der laufenden Wahlperiode hat sich eine Tendenz gezeigt, die mir große Sorgen bereitet. Je mehr wir uns trotz Haushaltskonsolidierung für Kinder und Bildung engagieren, desto lauter der Ruf nach noch höheren Ausgaben. Je größer die Fortschritte, desto häufiger die Diffamierung von Ausbau und Ausweitung als „Rotstift“, „Sparorgie“ und „Kürzungspolitik“. Wie passt das alles zusammen? Und – vor allem – wo soll das hinführen?

Für uns Grüne muss meines Erachtens daraus folgen, noch mehr – noch viel mehr – über die zu Grunde liegenden Richtungsentscheidungen und ihre Ergebnisse zu sprechen. Wir dürfen knifflige Haushaltsentscheidungen nicht mehr, wie zu Beginn dieser Wahlperiode, hinter verschlossenen Türen austragen. Nur durch absolute Offenheit, durch vollständige Transparenz dessen, was wir tun und was wir nicht tun, dessen, was wir wie finanzieren und was wir nicht bezahlen können, dessen, was an tatsächlichen Ergebnissen erreicht wurde und was nicht, können wir die Maßstäbe zurückgewinnen, die wir dabei sind, komplett zu verlieren. Dabei wird eine zentrale Rolle spielen, auch ausführlich zu erklären, warum wir etwas tun oder warum wir es nicht finanzieren können. Angesichts der aus dem Ruder gelaufenen öffentlichen Debatte können wir nur darauf hoffen, dass eine aus internen Diskussionen in die Öffentlichkeit geholte Debatte über Finanzierungen, Kosten, Nutzen, über Fort- und Rückschritte, die Debatte um Bildung und Kinderbetreuung wieder auf den Boden der Tatsachen zurückholt, von dem aus wir viel, aber eben nicht alles, für die Zukunft unserer Kinder tun wollen und auch können."

5. März	ab 7:30 Warnstreik TVL (gesonderte Informationen beachten!) 16:00 Uhr Schulausschuss, Mensa der Schule am Ernst-Reuter-Platz
15.-18. April	Pädagogische Woche Die Programme sind ausgeliefert
1. Mai	Maikundgebung mit <b>Ulrich Thöne</b> , Bundesvorsitzender der GEW

